



Frankfurter Rundschau, 12. Mai 2026

Kriegsdienstverweigerer geraten in Europa zunehmend unter Druck

Stand: 12.05.2026, 15:55 Uhr Von: [Pitt von Bebenburg](#) [Kommentare](#) [Drucken](#)

Foto gelöscht

Protest in Trier: Auch hierzulande ist Verweigerung wieder ein größeres Thema. © Berit Kessler/IMAGO

Besonders schlimm ist die Lage in Russland, der Ukraine und der Türkei. Auch Deutschland gewährt kaum noch Asyl für Verweigerer.

In [Zeiten zunehmender militärischer Bedrohungen](#) steht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in immer mehr Ländern unter Druck. Das beobachtet das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) in seinem Jahresbericht, der in dieser Woche veröffentlicht wurde. Der Zusammenschluss von Friedensorganisationen in ganz Europa fordert das Ende der Diskriminierung und Bestrafung von Kriegsdienstverweigerern – und ihre Anerkennung als Asylberechtigte, wenn sie ins Ausland gehen müssen.

Nach neuem Wehrdienstgesetz: Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt

„Das Recht, die Teilnahme an einem Krieg zu verweigern, ist eine notwendige Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden“, betont EBCO-Präsident Daniele Taurino. „Steigende Verteidigungsausgaben, die Normalisierung der Aufrüstungspolitik und die Verfestigung sicherheitsorientierter politischer Narrative schränken den Spielraum für die Ausübung und den Schutz der Grundrechte, einschließlich des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, zunehmend ein“, heißt es.

Russland stellt rund 2.000 Wehrdienstverweigerer vor Militärstrafgerichte

Gleichzeitig verstärkten bewaffnete Konflikte und geopolitische Spannungen den Druck auf Personen, die sich weigerten, zu den Waffen zu greifen. Sie seien vielfach der Diskriminierung und Strafverfolgung ausgesetzt, schreiben die drei Autoren und eine Autorin des Berichts, Theodoros Diamantidis, Semih Salmaz, Yurii Sheliazhenko und Zaira Zafarana.

Besonders schlecht sei die Situation in Russland, der Ukraine und der Türkei, berichtet das deutsche EBCO-Vorstandsmitglied Guido Grünwald. Russland habe nach Angaben der Russischen Bewegung der Kriegsdienstverweigerer rund 2.000 Wehrdienstverweigerer vor Militärstrafgerichte gestellt.

In Deutschland steigen die Zahlen

Der Anwalt Artem Klyga sei von Russland zum „ausländischen Agenten“ erklärt worden. Klyga gehört der Russischen Bewegung der Kriegsdienstverweigerer an und ist für die in Offenbach ansässige internationale KDV-Organisation Connection tätig.

Soldaten und Reservisten ist die Verweigerung in Russland untersagt. Immerhin konstatiert EBCO, dass es für andere Personen in Russland möglich ist, einen Zivildienst für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu absolvieren. Dieser dauere mit 21 Monaten allerdings deutlich länger als der Wehrdienst (zwölf Monate). Die Zahl der Zivildienstleistenden sei nach offiziellen Angaben bis Ende 2025 auf mehr als 3.200 Personen gestiegen, die höchste Zahl seit zahlreichen Jahren.

Bericht meldet „Verfolgung, Diskriminierung, Folter und feindselige Medienkampagnen“

Keine Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung räumten die Ukraine und die Türkei ein. Das Oberste Gericht in Kiew habe im November 2025 abgelehnt, dass das Recht auf Verweigerung zu Kriegszeiten nicht anerkannt

werde. „Verweigerer sehen sich harter Verfolgung, Diskriminierung, Folter und feindseligen Medienkampagnen gegenüber“, heißt es in dem Bericht über die Ukraine. Der Generalsekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, Yurii Sheliazhenko, sei sogar „von Rekrutierungsagenten für zwei Tage entführt und brutal misshandelt“ worden, berichten die Organisationen.

Auch die Türkei erkenne Kriegsdienstverweigerung nicht an. Im Jahr 2025 seien erneut vier Verweigerer zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Russlands „Verweigerer und Deserteure erhielten kaum noch Asyl“

Die EBCO fordert, dass Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung als Schutzgrund anerkannt werden müsse. Doch „russische Verweigerer und Deserteure erhielten kaum noch Asyl in europäischen Staaten“. In den ersten drei Jahren seit Kriegsbeginn 2022 hätten mehr als 6.300 russische Männer im wehrfähigen Alter in Deutschland Asyl beantragt. Lediglich 349 von ihnen hätten Asyl oder einen Schutzstatus zugesprochen bekommen.

In der Bundesrepublik steigen angesichts der Kriegssorgen und der Pläne zur Reaktivierung der [Wehrpflicht](#) die Zahlen der Verweigerer. Im Jahr 2025 waren es bis Ende November 6.739 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung. Darunter befanden sich 183 aktive Soldatinnen und Soldaten. 2024 war es noch weniger als die Hälfte gewesen.

Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) wurde 1979 in Brüssel gegründet. In seinem Bericht skizziert es die Lage und setzt sich für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und Verweigerung militärischer Aktivitäten als grundlegendes Menschenrecht ein.